

**Sofortprogramm „Impuls 20ELF“
zum Start der Klimaschutzinitiative der Stadt Köln
für den Teilbereich Energie**



Bearbeitet durch



1	Das Sofortprogramm „Impuls 20ELF“ zur Klimaschutzinitiative der Stadt Köln	3
1.1	Unabdingbare Voraussetzungen/Maßnahmen	4
1.2	Koordinationsstelle Klimaschutz	4
1.2.1	Organisation und Aufgabenverteilung innerhalb der Stadtverwaltung und Konzerntöchter	5
1.2.2	Personalausstattung	6
1.2.3	Finanzierung	6
1.2.4	Nächste Handlungsschritte	6
1.3	Zentrum für Energieeffizienz	7
1.3.1	Zielgruppen und Aufgabenbereiche	7
1.3.2	Einbindung bestehender Energieberatungsangebote	8
1.3.3	Personalausstattung	9
1.3.4	Finanzierung	9
1.3.5	Ort der Beratungsstelle	10
1.3.6	Nächste Handlungsschritte	10
1.4	Gesamtübersicht des Maßnahmenprogramms	11
1.5	Darstellung der Bewertung der Maßnahmen	13
2	Maßnahmenblätter des Sofortprogramms „Impuls 20ELF“	15
2.1	Unabdingbare Voraussetzungen	16
2.2	Konzerninterne Klimaschutzmaßnahmen (Vorbildfunktion)	20
2.3	Leuchtturmprojekte und -initiativen	24
2.4	Kommunikation und Einbeziehung der Bürgerschaft	30

1 Das Sofortprogramm „Impuls 20ELF“ des Klimaschutzprogramms der Stadt Köln

Im Sofortprogramm „Impuls 20ELF“ werden die Maßnahmen mit A-Priorität beschrieben, mit denen eine gesamtstädtische Klimaschutzinitiative für Köln kurzfristig gestartet werden kann. Notwendige Voraussetzung sind dabei die, für den Erfolg des Klimaschutzprogramms notwendigen Maßnahmenvorschläge zur Einrichtung einer „Koordinationsstelle Klimaschutz“ und eines externen „Zentrums für Energieeffizienz“, die als unerlässlich für den gesamtstädtischen Klimaschutzprozess angesehen werden und daher, zusätzlich zu der einheitlichen Darstellung in den einseitigen Maßnahmenblättern, nachfolgend etwas ausführlicher beschrieben werden.

Wie die gesamtstädtische Energie- und CO₂-Bilanz gezeigt hat, verursachen die städtischen Gebäude nur etwas mehr als 1% der Kölner CO₂-Emissionen. Insofern geht die Umsetzung der kommunalen Klimaschutzverpflichtungen wie die 50% CO₂-Minderung bis 2030 gegenüber dem Basisjahr 1990 (gesamtstädtisch) quantitativ weit über das hinaus, was die Stadtverwaltung Köln in ihrer unmittelbaren Zuständigkeit erreichen kann. Hierzu bedarf es vielmehr einer langfristig angelegten Klimaschutzinitiative, an der sich perspektivisch die gesamte Stadtgesellschaft beteiligen muss.

Wesentliche Voraussetzung, um die Stadtgesellschaft für umfängliche Klimaschutzaktivitäten zu gewinnen, ist eine glaubwürdige Vorbildfunktion von Stadtverwaltung und Konzerntöchtern. Diese lässt sich nur vermitteln, wenn Energieeffizienz und Klimaschutz im alltäglichen und strategischen Handeln des Konzerns Stadt Köln übereinstimmend als „Pflichtaufgabe“ betrachtet werden. Darüber hinaus wird es für die Stadt Köln unerlässlich sein, externe Klimaschutzmaßnahmen zu initiieren und fachlich wie finanziell zu unterstützen und außerdem einen gesamtstädtischen Klimaschutzprozess in Gang zu setzen und zu koordinieren. Hierfür fehlen derzeit noch die notwendigen Voraussetzungen.

Köln wird sich durch die vorgeschlagene Initiative aber nicht nur der Umsetzung seiner Klimaschutzziele nähern. Vielmehr werden die lokal ausgelösten Investitionen, regionale Wertschöpfung mit positiven Arbeitplatzeffekten, Stärkung der Kaufkraft, zusätzliche Gewerbesteuererinnahmen, Wertsteigerung bei den Gebäuden und positive Imageeffekte auch einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsförderung und zur nachhaltigen Stadtentwicklung in Köln leisten. So können z.B. allein durch die Umsetzung der wirtschaftlichen Potenziale bei der energetischen Modernisierung im privaten Wohnungsbestand bis zu 1.200 zusätzliche Arbeitsplätze im Handwerk geschaffen werden.

Weitere ergänzende Maßnahmen mit B-Priorität, die nach der Initiierung des Sofortprogramms „Impuls 20ELF“ bzw. parallel dazu umgesetzt werden und den Klimaschutzprozess mittel- bis langfristig verstetigen sollen, sind im „3-Jahresprogramm“ zusammengefasst. Zusätzliche optionale Maßnahmenvorschläge mit C-Priorität werden den „mittelfristigen Handlungsoptionen“ zugeordnet. Die Maßnahmen des 3-Jahresprogramms und die mittelfristigen Handlungsoptionen werden in diesem vorgezogenen Teilbericht lediglich titulierte. Die inhaltliche Vertiefung und Bewertung dieser Maßnahmen erfolgt erst im Rahmen des Endberichtes.

1.1 Unabdingbare Voraussetzungen/Maßnahmen

Kernbestandteile des Kölner Klimaschutzprogramms sind zwei Maßnahmen, die für die erfolgreiche Umsetzung des gesamten Maßnahmenprogramms und die Etablierung eines langfristigen Klimaschutzprozesses in Köln unabdingbar sind:

- a) die organisatorische Implementierung und Absicherung einer gesamtstädtischen Prozesskoordination und
- b) die Sicherstellung eines unabhängigen, neutralen und professionellen Energieberatungsangebotes für alle nichtindustriellen Verbrauchergruppen.

Die erfolgreiche Umsetzung eines mittel- bis langfristig angelegten gesamtstädtischen Klimaschutzprozesses erfordert eine entsprechend wirkungsvolle Organisationsstruktur. Als Lösung wird eine Kombination aus zentralen und dezentralen Organisations-elementen empfohlen.



Bild 1: Kernelemente des zukünftigen Klimaschutzprozesses in Köln

Im Folgenden erfolgt eine konzeptionelle Beschreibung der notwendigen Strukturen zur Umsetzung des vorgeschlagenen Maßnahmenprogramms in der Stadt Köln.

1.2 Koordinationsstelle Klimaschutz

Bei der Entwicklung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes hat sich gezeigt, dass für die Ebenen der Stadtverwaltung, der Konzerntöchter und der Gesamtstadt noch keine abgestimmte strategische und operative Ausrichtung des gesamtstädtischen Klimaschutzprozesses vorhanden ist. Zur strategischen Steuerung des gesamtstädtischen Klimaschutzprozesses ist die Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle unab-

dingbar. Deren Hauptaufgabe liegt darin, Abstimmungsprozesse zwischen den Akteuren der Stadtverwaltung, den Konzerntöchtern und relevanten Multiplikatoren (z.B. prominente Kölner Unternehmen, IHK, Verbraucherzentrale) zu initiieren, zu begleiten und zu moderieren. Neben einer strategischen Funktion der Koordinationsstelle sind auch wichtige operative Aufgaben wahrzunehmen. Im Folgenden erfolgt ein konzeptioneller Vorschlag zur Einrichtung einer Koordinationsstelle für Klimaschutz in der Stadtverwaltung Köln.

1.2.1 Organisation und Aufgabenverteilung innerhalb der Stadtverwaltung und Konzerntöchter

Für eine stärkere Berücksichtigung des Klimaschutzes im Konzern Stadt Köln ist zu beachten, dass es sich hierbei um ein Querschnittsthema handelt, welches in verschiedenen Dienststellen und Konzerntöchtern erstmalig implementiert bzw. intensiviert werden muss. Eine zentrale Koordinationsstelle ist dabei im Hinblick auf eine übergeordnete strategische Steuerungsfunktion und entsprechende Abstimmungsprozesse notwendig.

Um diese anspruchsvolle Aufgabe erfüllen zu können, sind ausreichende Handlungsbefugnisse und eine Leitung mit einer Person mit entsprechenden Fach- und Kommunikationskompetenzen erforderlich, um die Durchsetzungsfähigkeit in Abstimmungsprozessen und ein „Verhandeln auf Augenhöhe“ zu gewährleisten. Die notwendigen Fach- und Handlungskompetenzen sind innerhalb der Stadtverwaltung in dieser Form noch nicht vorhanden.

Vorgeschlagen wird, die Koordinationsstelle mit externem entsprechend qualifiziertem Fachpersonal zu besetzen (s.u.) und im Büro des Oberbürgermeisters anzusiedeln. Als übergeordnete Koordinationsstelle werden von dieser strategischen Ebene Impulse an die operativen Kräfte weitergegeben.

Die operativen Ressourcen für den verwaltungsinternen Prozess sind dabei thematisch gesehen im Umwelt- und Verbraucherschutzamt anzusiedeln. Hier bestehen bereits umfangreiche fachliche Kompetenzen zum Thema Klimaschutz, so dass zusätzliche Grundlagenarbeiten wie die Erfolgskontrolle und Berichterstattung zu Klimaschutzaktivitäten an dieser Stelle integriert werden können. Auch die Erarbeitung, Initiierung, Umsetzung und Begleitung von verwaltungsinternen Klimaschutzmaßnahmen (auch anderer Dienststellen) können an dieser Stelle gebündelt werden.

Um die beschriebenen operativen Aufgaben innerhalb der Verwaltung wahrnehmen zu können, ist jedoch eine vertiefte Einbindung weiterer relevanter Dienststellen erforderlich. Dies betrifft u.a. die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Im Handlungsfeld der Gebäudewirtschaft liegen große Potenziale zur vertieften Verankerung des Themas Klimaschutz. Hierzu wurden bereits Energieleitlinien für die städtischen Neubau- und Sanierungsvorhaben formuliert sowie ein Konzept für aktives Energiemanagement erarbeitet, welches jetzt in der Breite sowohl organisatorisch als auch investiv bei der Sanierung oder dem Neubau der bewirtschafteten Gebäude umzusetzen ist.

Aber auch im originären Aufgabenbereich des Amtes für Stadtentwicklung bestehen im Prozess der Erstellung städtischer Entwicklungskonzepte (z.B. Stadtentwicklungskonzepte, Handlungskonzept Innenentwicklung) Möglichkeiten zur verstärkten Berücksichtigung des Klimaschutzes (z.B. Energiekonzept zur effizienten Versorgung von Entwicklungsflächen).

Bei den klimarelevanten Prozessen innerhalb der Stadtverwaltung ist in Zukunft eine stärkere Kooperation zwischen dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt und den relevanten Dienststellen anzustreben. Dieser verwaltungsinterne Prozess kann dabei bei für den Klimaschutzprozess in Köln relevanten Aktivitäten der Dienststellen durch eine Einbindungspflicht der verschiedenen Dienststellen gegenüber dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt sichergestellt werden.

Eine Einbindung der Konzerntöchter könnte durch die Beteiligungsverwaltung erfolgen. Hier ist die Kämmerei in Betracht zu ziehen, die im Rahmen des Verwaltungshandelns bereits im direkten Austausch mit den Konzerntöchtern steht. Analog zur Funktion des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes ist die Kämmerei für die Initiierung und Begleitung von konzernführenderbezogenen Klimaschutzmaßnahmen zuständig. Bei den Konzerntöchtern wurde im Rahmen der Konzeptbearbeitung ebenfalls ein weitergehendes Handlungspotenzial festgestellt. Hier besteht insbesondere im unmittelbaren Handlungsfeld der RheinEnergie die Möglichkeit, durch eine klimaschutzorientierte Energiepolitik die Vorbildfunktion kontinuierlich auszubauen. Auch innerhalb der weiteren Konzerntöchter ist eine verstärkte Vorbildfunktion durch Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu realisieren. Beispielhaft sei an dieser Stelle die Etablierung eines Energiemanagements innerhalb der Kultureinrichtungen der Stadt Köln genannt.

Zwar besteht in der Kämmerei bisher keine direkte inhaltliche Verknüpfung zum Thema Klimaschutz, jedoch kann durch eine enge Abstimmung mit der übergeordneten Koordinationsstelle und dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt die notwendige Kompetenz sukzessive aufgebaut werden.

1.2.2 Personalausstattung

Neben den hohen Ansprüchen an die Qualifikationen des Koordinators im Hinblick auf Fach- und Kommunikationskompetenzen, ist seine Arbeit durch die Assistenz einer weiteren Fachkraft sowie durch eine halbe Stelle im Sekretariatspersonal zu unterstützen. Die Koordinationsstelle ist mit einem Team aus mindestens 2,5 Personalstellen zu besetzen.

Im Umwelt- und Verbraucherschutzamt sind die personellen Ressourcen durch 2 weitere Personalstellen zur Umsetzung der operativen Aufgaben zu erweitern. Eine weitere Personalstelle wird in Bezug auf die Kämmerei vorgeschlagen.

1.2.3 Finanzierung

Mit Bezug auf die Personalausstattung der Koordinationsstelle für Klimaschutz (2,5 Stellen) wird ein Budget für Personalkosten von 175.000 Euro pro Jahr zuzüglich Sachkosten für Büro, Marketing und Veranstaltungen in Höhe von 30.000 Euro pro Jahr gerechnet. Damit ist ein Budget von 205.000 Euro pro Jahr für die Koordinationsstelle notwendig. Zusätzlich entstehen Personalkosten von 130.000 Euro für 2 zusätzliche Fachstellen im Umwelt- und Verbraucherschutzamt und 65.000 Euro für eine weitere Stelle in der Kämmerei. Die Gesamtkosten in Höhe von 400.000 Euro pro Jahr sind durch die Stadt Köln zu tragen.

1.2.4 Nächste Handlungsschritte

Zur Etablierung einer Koordinationsstelle für Klimaschutz ist zunächst ein politischer Grundsatzbeschluss notwendig und eine verwaltungsinterne Abstimmung zwischen relevanten Verwaltungsämtern wie dem Umwelt- und Verbraucherschutzamt und der Kämmerei. Auf Basis einer dabei definierten Aufgabenbeschreibung sollte als weiterer

zentraler Schritt Fördermittel beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) für die Stelle des Klimaschutzkoordinators sowie der Assistenz beantragt werden, die ab dem 1. Januar 2012 wieder möglich ist. Hier können nach derzeitigen Förderbestimmungen 65% der Personalkosten in den ersten drei Jahren bezuschusst werden.

1.3 Zentrum für Energieeffizienz

Ein wesentliches Hemmnis bei der Umsetzung von wirtschaftlichen Effizienzmaßnahmen sind fehlende Informationen bei privaten oder gewerblichen Entscheidungsträgern, welche Maßnahmen für deren individuelle Situationen und Prioritäten die bestmögliche Lösung darstellen. Insofern bedarf es zur Erschließung der erheblichen wirtschaftlichen Energieeffizienzpotenziale, die im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes ermittelt wurden, eines neutralen und zielgruppenspezifischen Informations- und Beratungsangebotes für alle nichtindustriellen Verbrauchsgruppen (z.B. private Haushalte als Gebäudeeigentümer oder Mieter, kleine und mittlere Unternehmen, Wohnungsgesellschaften und private Vermieter). Neben einer übergeordneten Informations- und Beratungsfunktion auf gesamtstädtischer Ebene fehlt es bisher zudem an einer „treibenden“ Kraft für die Umsetzung von großen Teilen des vorgeschlagenen Klimaschutzprogramms.

Zur Optimierung, Vermittlung und Ergänzung der bestehenden Beratungsangebote in Köln sowie zur Umsetzung von zentralen Bestandteilen des Klimaschutzprogramms wird daher die Einrichtung einer neutralen und unabhängigen Kompetenzstelle für Energieeffizienz vorgeschlagen.

1.3.1 Zielgruppen und Aufgabenbereiche

Mit der Etablierung einer Kompetenzstelle für Energieeffizienz soll im Hinblick auf die nichtindustriellen Verbrauchsgruppen innerhalb der Stadt Köln vorrangig der Bereich Wohnen sowie Gewerbe, Handel und Dienstleistung (GHD) angesprochen werden. Im Bereich Wohnen betrifft dies insbesondere die Wohnungswirtschaft, den Streubesitz, die Eigentümergemeinschaften und Ein- bzw. Zweifamilienhäuser. Im Bereich GHD sind insbesondere Büro- und Geschäftshäuser sowie Gewerbeunternehmen zu betrachten.

Mit der Etablierung einer Kompetenzstelle ist zu Beginn insbesondere ein Dienstleistungsangebot zur neutralen, unabhängigen und kostenlosen Erstberatung (telefonisch und persönlich) zu Energieeffizienzfragen für private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen anzubieten. Die Informations- und Beratungsdienstleistungen könnten insbesondere folgende Themenbereiche berücksichtigen:

- Energieeffizienz im Gebäudebestand und im Neubau (Wohngebäude und Nicht-Wohngebäude)
- Einsatz erneuerbarer Energien (z.B. Vorstellung von aktuellen Technologien zur Geothermie- und Solarthermienutzung)
- Stromeinspartipps in privaten Haushalten
- Energiecontrolling/-management in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)

- Fördermittelberatung (z.B. BAFA, KfW)
- Weitervermittlung vertiefender kommerzieller Angebote zu Energieberatung und Qualitätssicherung in der Planungs- und Ausführungsphase

Neben dem direkten Kundenkontakt und der Erstberatung ist die konzeptionelle und organisatorische Betreuung und Umsetzung von Maßnahmenvorschlägen aus dem Klimaschutzprogramm für die Stadt Köln ein weiteres zentrales Handlungsfeld der vorgeschlagenen Kompetenzstelle. Zu den möglichen Aufgaben und Projekten sind u.a. Folgende zu zählen:

- Kommunales Förderprogramm für die private Altbaumodernisierung
- Stromsparen im Haushalt: Einsparprämien
- Energie-Coaching für KMU
- Nutzerprojekte im Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistung
- Konzept und Umsetzung von professionellen Bürgerfonds-Angeboten
- Qualitätssicherung durch Planungs- und Baubegleitung von privaten Sanierungen
- Austauschprogramm „Weiße Ware“ (elektrische Haushaltsgeräte)
- Haus-zu-Haus-Beratung und Firma-zu-Firma-Beratung

Zur Bekanntmachung der Beratungsdienstleistungen und aktiven Erstansprache der verschiedenen Zielgruppen, insbesondere private Haushalte und Unternehmen aus ausgewählten Branchen wie Hotels und Gaststätten, ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Hier kann die Kompetenzstelle speziell bei der Erstellung und Verteilung von Informationsbroschüren, der Förderung einer Internetpräsenz und Kampagnenplanung (z.B. Kampagne „Klima für Klimaschutz“ im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zu Klimaschutzkommunikation) mitwirken. Eine strategische Öffentlichkeits- und Informationspolitik im Bereich Klimaschutz sollte insbesondere zur Anfangsphase verstärkt vorbereitet werden und kontinuierlich fortgeführt werden. Entscheidend daran mitwirken können auch so genannte Multiplikatoren bzw. Kooperationspartner, die den Bekanntheitsgrad der Beratungsdienstleistungen erhöhen können. Solche Multiplikatoren sind Gruppen bzw. Personen, die im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bzw. Einflussbereich die relevanten Verbrauchergruppen ansprechen können bzw. auf die Dienstleistungsangebote aufmerksam machen können (Kreditinstitute, Immobiliencenter, Kirchen, Innungen etc.).

1.3.2 Einbindung bestehender Energieberatungsangebote

Bei der Etablierung eines Zentrums für Energieeffizienz sind die bestehenden Energieberatungsangebote lokaler und regionaler Akteure zu berücksichtigen und an geeigneter Stelle zu integrieren und weiterzuvermitteln (z.B. das Vor-Ort-Beratungsangebot der Verbraucherzentrale für Hauseigentümer oder das Projekt „Energielotse“ der IHK für ansässige Unternehmen). Eine Bündelung und Verknüpfung bestehender und neu zu etablierender Dienstleistungsangebote trägt zu einer Optimierung des Gesamtangebotes bei und erzeugt Synergieeffekte, auch in der besseren Wahrnehmung der bereits vorhandenen Energieberatungsangebote. Darüber hinaus

werden mögliche Überschneidungen von Dienstleistungen unterschiedlicher Akteure und mögliche Konfliktpotenziale vermieden.

Zu den relevanten Akteuren, die teilweise eigene Beratungsdienstleistungen anbieten und auch als potenzielle Kooperationspartner in Betracht zu ziehen sind, werden nach ersten Einschätzungen folgende gezählt:

- RheinEnergie
- Verbraucherzentrale
- Industrie- und Handelskammer
- Haus und Grund
- Mieterverein
- Energieberater (Handwerksunternehmen, Architekten, Ingenieure)
- Sonstige Multiplikatoren

Eine grundsätzliche Vernetzung zwischen dem Zentrum für Energieeffizienz und bestehenden Dienstleistungen von Akteuren wie der Verbraucherzentrale ist sinnvoll.

Im Gesamtüberblick ist festzustellen, dass vereinzelt Möglichkeiten der Erstinformation für relevante Verbrauchsgruppen vorhanden sind, diese jedoch in Relation zu den Einsparpotenzialen als quantitativ zu gering einzustufen sind. Eine zentrale unabhängige Kompetenzstelle für Verbrauchsgruppen kann einen zentralen Beitrag zur weiteren Erschließung von CO₂-Einsparpotenzialen auf gesamtstädtischer Ebene leisten.

1.3.3 Personalausstattung

Die vielfältigen Aufgabenbereiche und hohen Ansprüche an eine qualifizierte Erstberatung und zentrale Kompetenzstelle für Energieeffizienz erfordert eine ausreichende Personalausstattung. Hierfür wird ein Team aus mindestens 5 Mitarbeitern für erforderlich gehalten: 1 Geschäftsführer, 3 Fachberater und 1,5 Personalstellen für das Sekretariat bzw. die Veranstaltungsorganisation. Das Team sollte bis 2020 sukzessive ausgebaut werden. Dabei wird im Hinblick auf vergleichbare Kompetenzstellen in anderen Kommunen (z.B. Frankfurt, Dortmund) langfristig eine Personalausstattung von 10 bis 12 Mitarbeitern empfohlen.

1.3.4 Finanzierung

Für die vertiefte Konzeptentwicklung des Zentrums für Energieeffizienz durch externe Unterstützung wird ein Budget von 20.000 Euro eingeplant. Mit Bezug auf die Personalausstattung (5,5 Stellen) wird ein Budget von 350.000 Euro pro Jahr für Personal zuzüglich Sachkosten für Büro, Marketing und Veranstaltungen in Höhe von 150.000 Euro pro Jahr gerechnet. Damit ist ein Budget von 500.000 Euro pro Jahr zur Anschubfinanzierung notwendig. Die Kosten sind zu Beginn durch die Stadt Köln und gegebenenfalls durch enge Kooperationspartner wie die RheinEnergie zu tragen. Perspektivisch können weitere Akteure zur Finanzierung eingebunden werden. Dies könnten beispielsweise Einrichtungen wie die IHK, Kreditinstitute, Handwerkskammer und Mietervereine sein.

Vergleichbare realisierte und geplante Kooperationen zur Etablierung und Finanzierung einer zentralen und unabhängigen Beratungsstelle sind in Düsseldorf („Serviceagentur für Altbausanierung“) und im Kreis Steinfurt („Haus im Glück e.V.“) bzw. in Dortmund („Dienstleistungszentrum Energieeffizienz“) vorzufinden.

1.3.5 Ort der Beratungsstelle

Bei der Auswahl geeigneter Räumlichkeiten zur Ansiedlung des Beratungszentrums ist eine zentrale bzw. gut zu erreichende Lage zu wählen, die nach Außen eine unabhängige Institution signalisiert. Dabei können zunächst städtische Räumlichkeiten in Betracht gezogen werden und unter Umständen verfügbare Büroflächen der Kooperationspartner (RheinEnergie).

1.3.6 Nächste Handlungsschritte

Das Zentrum für Energieeffizienz erfordert zunächst einen politischen Grundsatzbeschluss und die Unterstützung von „Verbündeten“. Dabei ist insbesondere die RheinEnergie als städtische Konzerntochter einzubinden. Mittel- bis langfristig sollten weitere Akteure beteiligt werden, die auch finanziell von der energetischen Gebäudemodernisierung profitieren (z.B. Kreditinstitute, Handwerker). Neben der Einbringung von Kompetenzen wird dadurch das vorgeschlagene Energieeffizienzzentrum auf eine breitere Basis gestellt. Insbesondere im Hinblick auf die Absicherung der Finanzierung kann eine Einbindung von Kooperationspartnern aus städtischer Sicht von Vorteil sein und die eigenen Aufwendungen durch finanzielle Beiträge reduzieren. Ein geeignetes Trägermodell ist für die Etablierung einer breitaufgestellten Kompetenzstelle für Energieeffizienz von grundlegender Bedeutung.

Neben der Frage der Kooperationspartner und einem Trägermodell ist im Hinblick auf die Organisation zu klären, welche Räumlichkeiten und welches Personal für den Aufbau einer Kompetenzstelle in Fragen kommen.

1.4 Gesamtübersicht des Maßnahmenprogramms

Maßnahmenprogramm des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Köln	
A) Sofortprogramm „Impuls 20ELF“	
Unabdingbare Voraussetzungen	
A 1	„Koordinationsstelle Klimaschutz“
A 2	„Zentrum für Energieeffizienz“
A 3	Teilnahme am European Energy Award® und Klimaschutz-Check bei den Aktivitäten der Stadtverwaltung
A 4	Regelmäßige Erfolgskontrolle (Energiebilanzen und Maßnahmenprogramme) im Konzern Stadt Köln
Konzerninterne Klimaschutzmaßnahmen	
A 5	Aufbau eines eigenständigen Energiemanagements für die Kultureinrichtungen der Stadt Köln
A 6	Optimierung des Energiemanagements der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
A 7	Erhöhung des Ökostromanteils bei den städtischen Gebäuden / Liegenschaften
A 8	Klimaschutzfonds für die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen bei den städtischen Gebäuden
Leuchtturmprojekte und -initiativen	
A 9	Kommunales Förderprogramm für die private Altbaumodernisierung
A 10	Weitere Leuchtturmprojekte initiieren und kommunizieren (z.B. Klimaschutzsiedlungen)
A 11	Integration des Themas „Energie“ im Wohnungsbauforum
A 12	Entwicklung einer Stromsparinitiative für private Haushalte
A 13	Klimapartnerschaften zwischen der Stadt Köln und prominenten Kölner Unternehmen
A 14	Fortschreibbarer Wärmeatlas - Strategisches Planungsinstrument zum Ausbau der Fernwärme- und Nahwärmeversorgung
Kommunikation und Einbeziehung der Bürgerschaft	
A 15	Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Klimaschutzkommunikation „Klima für Klimaschutz“
B) 3-Jahresprogramm	
B 1	Klimaschutz und Energieeffizienz in Stadtentwicklungskonzepten integrieren
B 2	Vertiefung der solarenergetischen Optimierung städtebaulicher Planungen in der Stadtverwaltung
B 3	Entwicklung eines Strategieplans zur Senkung des Stromverbrauchs bei den städtischen Gebäuden
B 4	BHKW-Offensive in den städtischen Gebäuden
B 5	Energie-Coaching für KMU
B 6	Innovation Business Park
B 7	Aufbau einer Servicestelle für Nutzerprojekte im Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistung
B 8	Kampagne zum sinnvollen Einsatz von elektrischen Erdwärmepumpen
B 9	Forcierung des Austauschs von Nachtspeicherheizungen
B 10	Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung
B 11	Potenzialermittlung zur Abwärmennutzung
B 12	Maßnahmenbündel Öffentlichkeitsarbeit
B 13	Umsetzung des Konzeptes Netzwerkaufbau
B 14	Konzept und Umsetzung von professionellen Bürgerfonds-Angeboten
B 15	Abstimmung der Arbeitskreise und Initiativen in Köln (Bauen & Sanieren / Energie)
B 16	Förderung der ehrenamtlichen Arbeit im Bereich Klimaschutz
B 17	Festsetzung Passivhausstandard beim Verkauf städtischer Grundstücke
B 18	Qualitätssicherung durch Planungs- und Baubegleitung von privaten Sanierungen
B 19	Austauschprogramm "Weiße Ware" (elektrische Haushaltsgeräte)

C) Mittelfristige Handlungsoptionen	
C 1	Erneuerbare Energienutzung in städtischen Gebäuden
C 2	Green IT
C 3	Energieberatung für Sportvereine
C 4	Teilnahme AltbauNeu
C 5	Haus-zu-Haus-Beratung
C 6	Klimabonus (Erstattung von Mietkosten einkommensschwacher Haushalte)
C 7	Etablierung eines Forums für "energieeffiziente Bürogebäude" für Neubau und Bestandssanierung
C 8	Energiecontrolling für KMU
C 9	Themenspezifische Kampagnen für KMU
C 10	Firma-zu-Firma-Beratung
C 10	Klimaschutzlabel für Hotel- und Gastronomiegewerbe
C 11	Ausbau der Solarenergienutzung / Solarkataster
C 12	Ausbau der Biogasnutzung
C 13	Kampagne Contracting
C 14	Internetplattform Klimaschutz Köln
C 15	Klimaschutzmarketing
C 16	(Aus-)Bildung für den Klimaschutz
C 17	"CO ₂ -Sparkasse" zur Förderung des Eigenengagements

1.5 Darstellung der Bewertung der Maßnahmen

Eine Bewertung der einzelnen Maßnahmen erfolgt für das Sofortprogramm „Impuls 20ELF“ anhand ausgewählter Kriterien:

Wirkung (CO ₂)		Regionale Wertschöpfung		Kostenaufwand		Personalaufwand		Nutzen-Aufwand Relation	
+	sehr gering	+	sehr gering	+	sehr hoch	+	hoch	+	schlecht
++	gering	++	gering	++	hoch				
+++	mittel	+++	mittel	+++	mittel	+++	mittel	+++	mittel
++++	hoch	++++	hoch	++++	gering				
+++++	sehr hoch	+++++	sehr hoch	+++++	sehr gering	+++++	gering	+++++	gut

Tabelle 1: Bewertung der Maßnahmenkriterien

Die einzelnen Bewertungsparameter

- Wirkung (CO₂)
- Regionale Wertschöpfung
- Kostenaufwand
- Personalaufwand
- Nutzen-Aufwand-Relation

werden im Folgenden vertieft dargestellt, die eine Grundlage der Bewertung der vorgeschlagenen Maßnahmen beschreiben.

- Wirkung (CO₂)

Die ausgewiesenen Energie- und darauf aufbauend die CO₂-Minderungspotenziale werden für jede Maßnahme abgeschätzt. Die Abschätzung des CO₂-Minderungspotenzials einer Maßnahme erfolgt unter heutigem Kenntnisstand sowie Rahmenfaktoren. Unter dieser Annahme erzielt die entsprechende Maßnahme im Jahr 2012 durchgeführt genau den selben Effekt als würde sie erst im Jahr 2016 realisiert – auch wenn im Zeitverlauf bis 2020 u.a. ein weiterer Ausbau der erneuerbaren Energien (und somit Verschiebungen im bundesdeutschen Energie-Mix) oder neue technologische Entwicklungen. Hierbei werden Ergebnisse aktueller Studien, Evaluationen, eigener Erfahrungen oder Umfragen miteinander verbunden. Die Wirkung einer Maßnahme ist von der Kommune bei Anstoß der Umsetzungsphase nach zum heutigen Zeitpunkt noch nicht absehbaren neuen technologischen Entwicklungen zu relativieren.

Die Bewertung des Kriteriums erfolgt anhand der Reduktionswirkung über die gesamte Maßnahmenlaufzeit. Aufgrund der politischen Zielsetzungen sowie der zentralen Ausrichtung auf den Klimaschutzeffekt werden Maßnahmen mit hoher Einsparwirkung entsprechend hoch bewertet. Die Einteilung in die Abstufungen der Bewertungskriterien erfolgt in Relation zur Wirkung der Maßnahmen untereinander. Dabei wird die Maßnahme des Maßnahmenprogramms mit der höchsten CO₂-Reduktionswirkung auch entsprechend mit der besten Bewertung („sehr hoch“) gekennzeichnet und alle restlichen Maßnahmen in abgestufter Relation dazu. Falls keine CO₂-Wirkung einer Maßnahme zuzuordnen ist, entfällt eine entsprechende Bewertung.

- Regionale Wertschöpfung

Unter diesem Punkt wird die potenzielle positive Wirkung auf die regionale Wertschöpfung der Stadt betrachtet. Dieses Kriterium ist insbesondere aussagekräftig in Bezug auf lokal erzeugte Geldströme, welche den ortsansässigen Akteuren zugute kommen. Investitionen im Klimaschutzbereich sind hierbei besonders ergiebig, wenn die Umsetzung der Maßnahme mit lokalen Akteuren (z.B. Handwerksunternehmen) durchgeführt wird und die Mittel so nicht in andere Regionen abfließen. Entsprechend erhalten Maßnahmen mit hohem Anteil lokal erzeugter Geldströme bzw. der Beteiligung lokaler Akteure eine entsprechend hohe Bewertung.

Eine maßnahmenscharfe Quantifizierung kann im Rahmen des Konzeptes nicht erfolgen. Bei der Bestimmung der regionalen Wertschöpfung handelt es sich daher um eine qualitative Einschätzung. Falls keine Wertschöpfungswirkung einer Maßnahme zuzuordnen ist, entfällt eine entsprechende Bewertung.

- Kostenaufwand

Unter diesem Kriterium werden die Sach- und Personalkosten der Maßnahme in Euro abgeschätzt. Die Abschätzungen basieren auf gutachterlichen Erfahrungswerten bzw. auf Informationen der Stadt Köln. Bei den Personalkosten werden dabei für stadtinterne Mitarbeiter die geltenden Entgeltgruppen innerhalb der Stadtverwaltung zugrunde gelegt: „E15“ für Leitungspersonal, „E10“ und „E11“ für Fachingenieure sowie „E5“ für Sekretariatspersonal gerechnet.

- Personalaufwand

Mit diesem Kriterium wird der Zeitaufwand einer Maßnahme in Personearbeitstagen bzw. Personalstellen abgebildet. Die Abschätzungen basieren auf gutachterlichen Erfahrungswerten bzw. auf Informationen der Stadt. Eine Maßnahme mit geringem Personalaufwand wird analog zum Kostenkriterium entsprechend hoch bewertet. Die Bewertungseinteilung erfolgt auch hier über die angesetzten Personentage bzw. Personalstellen über die Gesamtlaufzeit einer Maßnahme.

- Nutzen-Aufwand-Relation

Die Bewertung der Nutzen-Aufwand-Relation erfolgt als qualitative Einschätzung, die aus quantifizierbaren und auch nicht-quantifizierbaren Maßnahmeneffekten abgeleitet wird. Die Maßnahmen, bei denen ein gutes Nutzen-Aufwand-Verhältnis gesehen wird, erhalten eine entsprechend hohe Bewertung. Falls quantifizierbare Maßnahmeneffekte wie „Wirkung CO₂“ und „Regionale Wertschöpfung“ nicht bestimmt werden können, entfällt auch eine Bewertung der Nutzen-Aufwand-Relation.

Im Rahmen der Bewertung erhalten die Maßnahmen in jeder Kategorie maximal fünf Punkte (). Bei der graphischen Darstellung gilt somit: je mehr Kreuze eine Maßnahme erhält, desto höher bzw. besser die Bewertung der Kriterien. Eine Maßnahme mit einer hohen Zahl von Kreuzen ist im Hinblick auf die Wirkung somit äußerst positiv einzustufen. Hierbei ist zu beachten, dass bei den Kriterien „Kostenaufwand“ sowie „Personalaufwand“ eine hohe Bewertung ebenfalls mit einer positiven gleichzusetzen ist, indem ein niedriger Kostenaufwand und ein geringer Personalaufwand entsprechend hoch bewertet wurden. Falls eine Bewertung entfällt, wird dem Kriterium kein Punkt () zugeteilt.

2 Maßnahmenblätter des Sofortprogramms „Impuls 20ELF“

Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Köln (Teilbereich Energie) werden für die Verbrauchssektoren Private Haushalte, Gewerbe-Handel-Dienstleistung und den Konzern Stadt Köln eine Reihe von Maßnahmen für einen mittel- bis langfristig angelegten Klimaschutzprozess empfohlen. Zentrale Bausteine, mit denen ein solcher, gesamtstädtischer Prozess gestartet werden soll, sind dabei:

- die organisatorische Implementierung und Absicherung der gesamtstädtischen Prozesskoordination,
- die Sicherstellung eines unabhängigen, neutralen und professionellen Energieberatungsangebotes für alle nichtindustriellen Verbrauchssektoren,
- die Initiierung von mehr Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen im Gebäudebestand durch ein Förderprogramm zur energetischen Altbaumodernisierung,
- die Einbindung von Industrie und Gewerbe, die mehr als die Hälfte der Energie in Köln benötigen und
- die kurzfristige Umsetzung hochwirtschaftlicher Einsparpotenziale innerhalb des Konzerns Stadt Köln als wichtige Vorbildfunktion.

Die zentralen Maßnahmenvorschläge des Sofortprogramms „Impuls 20ELF“ sind gegliedert in die Bereiche „unabdingbare Voraussetzungen“, „Konzerninterne Klimaschutzmaßnahmen“, „Leuchturnprojekte und –initiativen“ und „Kommunikation und Einbeziehung der Bürgerschaft“. Im Folgenden erfolgt die Darstellung der Maßnahmen in Form von 1-seitigen Maßnahmenblättern.

2.1 Unabdingbare Voraussetzungen

A 1 Koordinationsstelle „Klimaschutz“		
Kurzbeschreibung:		
<p>Bei der Entwicklung des Integrierten Klimaschutzkonzeptes hat sich gezeigt, dass für die Ebenen der Stadtverwaltung, der Konzerntöchter und der Gesamtstadt noch keine abgestimmte strategische und operative Ausrichtung der Klimaschutzaktivitäten vorhanden ist. Zur strategischen Steuerung des gesamtstädtischen Klimaschutzprozesses ist die Einrichtung einer zentralen Koordinationsstelle („Klimaschutzkoordinator“) unabdingbar. Deren Hauptaufgabe liegt darin, Abstimmungsprozesse zwischen den Akteuren der Stadtverwaltung, den Konzerntöchter und relevanten Multiplikatoren (z.B. prominente Kölner Unternehmen, IHK, Verbraucherzentrale) zu initiieren, zu begleiten und zu moderieren. Die Akzeptanz und Durchsetzungsfähigkeit des Klimaschutzkoordinators setzt ein „Verhandeln auf Augenhöhe“ und damit umfassende Fach- und Handlungskompetenzen voraus, die in dieser Form innerhalb der Stadtverwaltung noch nicht vorhanden sind.</p> <p>Um die Aufgabe einer übergeordneten strategischen Steuerungsfunktion erfüllen zu können, sind ausreichende Handlungsbefugnisse und eine Leitung mit einer Person mit entsprechenden Fach- und Kommunikationskompetenzen erforderlich, um die Durchsetzungsfähigkeit in Abstimmungsprozessen zu gewährleisten. Hier bietet es sich an, die Koordinationsstelle im Büro des Oberbürgermeisters anzusiedeln. Als übergeordnete Koordinationsstelle werden von dieser strategischen Ebene Impulse an die operativen Kräfte weitergegeben. Personell ist die Koordinationsstelle mindestens mit einer Leitungsstelle, einer Assistenzstelle sowie einer halben Sekretariatsstelle auszustatten.</p> <p>Die operativen Ressourcen für den verwaltungsinternen Prozess sind thematisch gesehen im Umweltamt anzusiedeln. Hier bestehen bereits verschiedene fachliche Kompetenzen zum Thema Klimaschutz, die perspektivisch allerdings noch ausgebaut werden müssen. Zu den operativen Aufgaben können zusätzliche Grundlagenarbeiten wie die Erfolgskontrolle und Berichterstattung zu Klimaschutzaktivitäten an dieser Stelle integriert werden.</p> <p>Eine Einbindung der Konzerntöchter könnte durch die Beteiligungsverwaltung erfolgen. Hier ist die Kämmerei in Betracht zu ziehen, die im Rahmen des Verwaltungshandelns bereits im direkten Austausch mit den Konzerntöchtern steht. Zwar besteht hier bisher keine direkte inhaltliche Verknüpfung zum Thema Klimaschutz, jedoch kann durch eine enge Abstimmung mit der übergeordneten Koordinationsstelle und dem Umweltamt die notwendige Kompetenz sukzessive aufgebaut werden, insbesondere durch zusätzliches Personal.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln (Büro des Oberbürgermeisters, Umweltamt, Beteiligungsverwaltung)		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Politischer Grundsatzbeschluss; b) Beantragung von Fördermitteln beim BMU c) Besetzung der Stelle		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Keine direkte Wirkung, jedoch hohe indirekte Wirkung durch Initiierung von Klimaschutzmaßnahmen
Regionale Wertschöpfung:		Keine direkte Wirkung, jedoch hohe indirekte Wirkung durch Initiierung von Klimaschutzmaßnahmen
Kostenaufwand:		Personalkosten Koordinationsstelle 175.000 €/a (davon ca. 90.000 € Koordinator (E15), 65.000 € Assistenz (E11), 20.000 € Sekretariat (E5)); Sachkosten (Büro, Veranstaltungen) 30.000 €/a; Personalkosten von 130.000 €/a (E11) für 2 zusätzliche Fachkräfte im Umwelt- und Verbraucherschutzamt und 65.000 € (E11) für 1 Stelle in der Kämmerei
Personalaufwand:		1 Vollzeitstelle für „geschäftsführenden“ Koordinator 1 Vollzeitstelle für Assistenz des Koordinators 0,5 Stelle für Sekretariat 2 Vollzeitstellen jeweils im Umwelt- und Verbraucherschutzamt sowie 1 Stelle in der Kämmerei
Nutzen-Aufwand-Relation:		Keine Bewertung möglich, jedoch hoher Nutzen durch Steuerung des gesamtstädtischen Klimaschutzprozesses
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> • Grundvoraussetzung für erfolgreiche Klimaschutzstrategie der Stadt Köln 		

A 2 Zentrum für Energieeffizienz		
Kurzbeschreibung:		
<p>Ein wesentliches Hemmnis bei der Umsetzung von wirtschaftlichen Effizienzmaßnahmen sind fehlende Informationen bei Entscheidungsträgern, welche Maßnahmen für deren individuelle Situationen und Prioritäten die bestmögliche Lösung darstellen. Insofern bedarf es zur Erschließung der erheblichen wirtschaftlichen Potenziale, die im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes ermittelt wurden, eines neutralen und zielgruppenspezifischen Informations- und Beratungsangebotes für alle nichtindustriellen Verbrauchsgruppen (z.B. private Haushalte als Gebäudeeigentümer oder Mieter, kleine und mittlere Unternehmen, Wohnungsgesellschaften und private Vermieter). Neben der Erstberatung gehört zum Tätigkeitsbereich auch die daran anschließende Begleitung der Maßnahmenumsetzung, beispielsweise die baubegleitende Qualitätssicherung oder die operative Abwicklung von Förderprogrammen.</p> <p>Zur Optimierung und Ergänzung der bestehenden Beratungsangebote in Köln wird daher die Einrichtung eines neutralen und unabhängigen Zentrums für Energieeffizienz vorgeschlagen, das auch die Umsetzung und Begleitung von Klimaschutzmaßnahmen aus dem Klimaschutzkonzept für Köln übernimmt. Eine derartige Kompetenzstelle ist in der Stadt Köln bisher nicht vorhanden. Aufgaben des Zentrums sind in den 3 Jahren der Startphase:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Angebot einer neutralen, unabhängigen und kostenlosen Erstberatung (telefonisch und persönlich) zu Energieeffizienzfragen für private Haushalte und kleine und mittlere Unternehmen • Weitervermittlung zu vertiefenden kommerziellen Angeboten zu Energieberatung und Qualitätssicherung in der Planungs- und Ausführungsphase • Öffentlichkeitsarbeit mit einer offensiven und spezifischen Ansprache von ausgewählten Zielgruppen (z.B. private Mehrfamilienhauseigentümer, Mieter, ausgewählte Branchen wie Hotels und Gaststätten oder Brauereien), ggf. auch auf Quartiersebene • Konzeptionelle und organisatorische Betreuung der Umsetzung von Maßnahmenvorschlägen aus dem Klimaschutzkonzept (z.B. Maßnahmenbündel Öffentlichkeitsarbeit, Qualitätssicherung, Energiecoaching für KMU etc.) <p>In der Anlaufphase wird es einer öffentlichen Anschubfinanzierung durch den Konzern Stadt Köln bedürfen, die z.B. durch die Stadt und die RheinEnergie (neben direkten Finanzmitteln auch durch Büroflächen- oder Personalüberlassung) getragen werden könnten. Im weiteren Verlauf könnte die Finanzierung durch Beteiligung weiterer Akteure, die auch finanziell von der energetischen Gebäudemodernisierung profitieren, auf eine breitere Basis gestellt werden.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln; RheinEnergie; IHK, Verbraucherzentrale, Haus und Grund; Mietervereine, Energieberater (Handwerk, Architekten, Ingenieure), sonstige Multiplikatoren		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Beauftragung zur externen Konzeptentwicklung; b) Abstimmung der Konzeption und Struktur des Zentrums mit Akteuren; c) Absicherung der Finanzierung		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		ca. 19.500 Tonnen CO ₂ , bei Annahme 0,5% gesamtstädtische Energieverbrauchsminderung bis zum Jahr 2020 (abzüglich Einsparungen, die dem kommunalen Förderprogramm zugerechnet werden)
Regionale Wertschöpfung:		Sehr hoch, durch initiierte Klimaschutzmaßnahmen der Verbrauchsgruppen
Kostenaufwand:		Personalkosten 350.000 €/a (davon 100.000 €/a Geschäftsführer, 180.000 €/a fachliche Mitarbeiter, 70.000 €/a Sekretariat/Veranstaltungsorganisation); Sachkosten 150.000 €/a (Büro, Marketing, Veranstaltungen); 20.000 € für externe Konzeptentwicklung
Personalaufwand:		1 Vollzeitstelle Geschäftsführung 3 Vollzeitstellen fachliche Mitarbeiter 1,5 Vollzeitstellen Sekretariat/Veranstaltungsorganisation in dreijähriger Anlaufphase, perspektivisch 10 – 12 Mitarbeiter
Nutzen-Aufwand-Relation:		Zentrale Anlaufstelle zur Ansprache relevanter Verbrauchsgruppen
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> • Ähnliche konzeptionelle oder bereits realisierte Vorhaben zur Zeit in Dortmund, in Düsseldorf (SAGA –Serviceagentur für Altbausanierung) oder im Kreis Steinfurt („Haus im Glück e.V.“) • Grundvoraussetzung für erfolgreiche Klimaschutzstrategie der Stadt Köln 		

A 3 Teilnahme am European Energy Award® und Klimaschutz-Check bei den Aktivitäten der Stadtverwaltung		
Kurzbeschreibung:		
<p>Um das querschnittsorientierte Thema Klimaschutz innerhalb der Stadtverwaltung stärker als bisher zu verankern, wird die Teilnahme an dem externen Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren European Energy Award® (EEA) vorgeschlagen. Damit können die Klimaschutzaktivitäten der Stadt Köln erfasst, bewertet, geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft werden. Das Programm gewährleistet die regelmäßige interne Kontrolle der Erfolge und die Optimierung der Energiearbeit in einem stetigen Prozess der Erstellung von Arbeitsprogrammen. Der European Energy Award® dient der Energieeinsparung, der effizienten Nutzung von Energie und der Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien und kann somit ein sinnvolles Instrument begleitend zur Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes darstellen. Er wird als Umsetzungsinstrument im Rahmen des Konvent der Bürgermeister/innen anerkannt.</p> <p>Im Rahmen der EEA-Aktivitäten wird vorgeschlagen inhaltliche Vertiefungen zu wählen um das Thema Klimaschutz im alltäglichen und im strategischen Handeln der Verwaltung zunehmend als "Pflichtaufgabe" zu integrieren. Dies kann beispielsweise in Form eines „Klimaschutz-Checks“ erfolgen, bei dem Verwaltungsaktivitäten auf klimaschutzrelevante Effekte (z.B. Energie- und CO₂-Einsparungen) und Auswirkungen auf die Klimaschutzstrategie der Stadt Köln untersucht werden. Auch eine Integration des Themas Klimaschutz in relevante Planungsvorhaben wie z.B. "Standards der Planungskultur in Köln", städtebauliche Ideen- und Realisierungswettbewerbe sowie Vergabe von Planungs- und Baurecht ist langfristig zu empfehlen. Hierbei sind vertiefende Kooperationen innerhalb der Stadtverwaltung anzustreben. Empfohlen wird die Teilnahme am EEA zunächst über vier Jahre.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln und Konzerntöchter		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Beantragung Fördermittel für EEA; b) Beauftragung externer Berater; c) Erarbeitung eines Konzeptes für den „Klimaschutz-Check“ (Kernverwaltung und Konzerntöchter)		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Ca. 1.000 Tonnen CO ₂ , bei Annahme 1% Energieverbrauchs-senkung
Regionale Wertschöpfung:		Ggf. Initiierung von energetischen Maßnahmen (z.B. Sanierung Gebäude der Kernverwaltung)
Kostenaufwand:		Abschätzbar nur European Energy Award® über 4 Jahre: Teilnahmegebühren 15.000 € (Eigenanteil der Stadt Köln); Budget für fachliche Vertiefung der EEA-Aktivitäten 25.000 €; Interner Personalaufwand ca. 60.000 € (gedeckt durch die Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“ und durch bestehende Verwaltungsressourcen)
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung, da Personalaufwand gänzlich durch die Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“ und bestehende Personalressourcen gedeckt wird; (über 4 Jahre: 40 Tage Teamleitung (1 Person), 120 Tage Teammitglieder (6 Personen))
Nutzen-Aufwand-Relation:		Verankerung des Themas Klimaschutz im Konzern Stadt Köln
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> Zur Zeit nehmen rund 100 Städte und Gemeinden in NRW am European Energy Award® teil, europaweit rund 770. Das energiepolitische Arbeitsprogramm des EEA kann als Arbeitsprogramm („SEAP“) im Rahmen des „Convenant of Mayors“ genutzt werden. 		

A 4	Regelmäßige Erfolgskontrolle (Energiebilanzen und Maßnahmenprogramme) im Konzern Stadt Köln	
Kurzbeschreibung:		
<p>Als zentrale Grundlagenarbeit ist eine regelmäßige Fortschreibung der gesamtstädtischen Energie- und CO₂-Bilanz notwendig und eine maßnahmenbezogene Erfolgskontrolle der u.a. aus dem Klimaschutzkonzept umgesetzten Maßnahmen.</p> <p>Im Sinne der Vorbildfunktion des Konzern Stadt Köln ist es erforderlich, dass sich neben der Kernverwaltung auch alle Töchter im Konzern engagieren. Dazu bedarf es auch einer konzerntöchterbezogenen Erfolgskontrolle auf Ebene der Maßnahmen und Bilanzen. Hierfür ist ein politischer Beschluss notwendig, der die Erfolgskontrolle der Maßnahmen und Bilanzen von Konzerntöchtern und Stadtverwaltung zu einem zweijährigen Tätigkeitsbericht des Konzerns Stadt Köln festlegt. Die Konzerntöchterbilanzen können parallel zur zweijährigen Fortschreibung der gesamtstädtischen Bilanz beispielsweise vom Umwelt- und Verbraucherschutzamt, zu einer Konzernbilanz zusammengeführt werden.</p> <p>Die Erfolgskontrolle der stadtverwaltungsbezogenen und konzerntöchterbezogenen Maßnahmenprogramme kann durch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt bzw. durch die Beteiligungsverwaltung (Kämmerei) im Rahmen eines fest definierten Berichtswesens durchgeführt werden.</p>		
Akteure:		
Koordinationsstelle „Klimaschutz“, Umwelt- und Verbraucherschutzamt Konzerntöchter		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Grundsatzbeschluss durch Verwaltungsvorstand und Politik für Einbindungspflicht der verschiedenen Dienststellen und der Konzerntöchter b) Erarbeitung der methodischen Grundlagen		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Keine direkte Wirkung
Regionale Wertschöpfung:		Keine direkte Wirkung
Kostenaufwand:		Personalkosten ca. 30.000 €/a (komplett gedeckt durch 2 Stellen im Umwelt- und Verbraucherschutzamt, s. Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“)
Personalaufwand:		0,5 Personalstellenaufwand pro Jahr (gedeckt durch 2 zusätzliche Stellen im Umwelt- und Verbraucherschutzamt, s. Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Keine Bewertung möglich, jedoch ist diese Maßnahme unabdingbar für den Klimaschutzprozess in der Stadt Köln (Grundlagenarbeit)
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> Durch die Teilnahme am Bürgermeisterkonvent besteht bereits die politische Verpflichtung zur Fortschreibung der Energie- und CO₂-Bilanz der Stadt Köln alle 2 Jahre. In Anlehnung an die bestehende Verpflichtung wird hiermit nun eine vertiefende Fortschreibung und Erfolgskontrolle vorgeschlagen. 		

2.2 Konzerninterne Klimaschutzmaßnahmen (Vorbildfunktion)

A 5	Aufbau eines eigenständigen Energiemanagements für die Kultureinrichtungen der Stadt Köln	
Kurzbeschreibung:		
<p>Eine erste Auswertung der Energieverbrauchssituation bei den Kultureinrichtungen der Stadt Köln hat gezeigt, dass dort kurzfristig durch eine kontinuierliche und zeitnahe Verbrauchskontrolle nennenswerte Energie- und Kosteneinsparungen erzielt werden können – nach ersten Abschätzungen rund 180.000 Euro bis 360.000 Euro pro Jahr. Die Erschließung dieses Potenzials erfordert die Einrichtung eines eigenständigen Energiemanagements durch zusätzliches Fachpersonal.</p> <p>Die Kultureinrichtungen unterscheiden sich im Hinblick auf die baulichen und nutzungstechnischen Rahmenbedingungen (z.B. Bauform und Gebäudegröße bzw. Klimatisierungstechnik) deutlich von anderen städtischen Gebäuden (z.B. Schulen). Auch innerhalb der Kultureinrichtungen sind sehr heterogene Gebäudesubstanzen und technische Anwendungen (z.B. Voll- oder Teilklimatisierung) vorzufinden. Aufgrund der Besonderheiten der Kultureinrichtungen ist daher ein speziell auf diese Verbrauchsgruppe ausgerichtetes und daran eng angebundenes Energiemanagement erforderlich. Im Rahmen eines Energiemanagements sollte insbesondere ein Fokus auf die acht Museen der Stadt Köln gelegt werden. Das NS-Dokumentationszentrum sowie auch die Stadtbibliothek – bestehend aus einer Zentralbibliothek und acht Stadtteilbibliotheken – sind ebenfalls zu berücksichtigen.</p> <p>Die primäre Aufgabe des Energiemanagements liegt darin, die Energieverbräuche der einzelnen Kultureinrichtungen zentral zu erfassen und aufzubereiten sowie Maßnahmenempfehlung vorzubereiten bzw. zu begleiten. Es wird empfohlen, die zusätzliche Stelle für ein Energiemanagement im Planungsreferat der Kultureinrichtungen aufzubauen. Als interne Fachkraft kann der Energiemanager eine unmittelbare Funktion als Dienstleister für die Kultureinrichtungen wahrnehmen und durch Ausstattung ausreichender Handlungskompetenz Maßnahmen direkt vor Ort anstoßen. Zur Finanzierung des Energiemanagements wird vorgeschlagen, dass ein Teil der Gelder, die durch eine Energieverbrauchsreduzierung eingespart werden, zur Refinanzierung dieses Instruments eingesetzt werden.</p> <p>Ausgehend von einer Kosteneinsparung von 230.000 €/a (etwa 6,5 % der bilanzierbaren Energiekosten von 2008) wird folgendes Modell zur Verwendung der eingesparten Gelder vorgeschlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 65.000 € für die Personalkosten des Energiemanagements • 30.000 € für gering-investive Maßnahmen (Sofortmittelbudget) • 135.000 € als „Sonder-Etat“, der von den Kultureinrichtungen nach Bedarf verwendet werden kann (Marketing, Sonderausstellungen etc.) <p>Die Umsetzung erfordert zu Anfang jedoch eine Vorfinanzierung des Energiemanagements.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln, relevante Kultureinrichtungen (s.o.)		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Abstimmung mit der Kämmerei zur Vorfinanzierung des Energiemanagements; b) Vorbereitung Ausschreibung „Energiemanager“		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		ca. 1.200 Tonnen CO ₂ , bei einer 6,5%-igen Energieverbrauchs-senkung in den betrachteten Kultureinrichtungen
Regionale Wertschöpfung:		Ggf. Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen mit regionalen Akteuren
Kostenaufwand:		Personalkosten 65.000 €/a (E11); gering-investive Maßnahmen 30.000 €/a.; „Sonder-Etat“ 135.000 €/a
Personalaufwand:		1 Vollzeitstelle im Planungsreferat der Kultureinrichtungen
Nutzen-Aufwand-Relation:		Refinanzierung der Sach- und Personalkosten durch Einsparung der Energiekosten, große Vorbildfunktion
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> • Der Energiemanager sollte sich in regelmäßigen Abständen mit der vorgeschlagenen internen Klimaschutzstelle abstimmen und austauschen. 		

A 6 Optimierung des Energiemanagements der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln		
Kurzbeschreibung:		
<p>Auf Grundlage des 2003 gefassten Ratsbeschlusses "15% Energieeinsparung bei den städtischen Gebäuden" und des 2005 beschlossenen Konzeptes "Aktives Energiemanagement der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln" wurden bereits verschiedene Maßnahmen umgesetzt. Weitergehendes Optimierungspotenzial wird insbesondere in folgenden Handlungsbereichen gesehen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung der messtechnischen Voraussetzungen durch den Einsatz von „smart metering“ in größeren Gebäuden zur wöchentlichen Erfassung der spezifischen Energieverbräuche und • Automatisierung von monatlichen Zählerablesungen und Energieverbrauchskontrollen bei sonstigen Gebäuden. <p>Durch die politisch beschlossenen Energieleitlinien 2010 (Passivhausstandard beim Neubau, über EnEV 2009 hinausgehende Standards bei Sanierungen) liegt bereits ein zentraler Anknüpfungspunkt vor, um die bisherigen Energiemanagementaktivitäten weiterzuführen und zu ergänzen. Zur weiteren Optimierung des Energiemanagements ist die Bereitstellung zusätzlicher personeller Ressourcen (z.B. zur Auswertung der Energieverbrauchsdaten) durch das entsprechende Fachamt zu prüfen.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln, Gebäudewirtschaft, RheinEnergie		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
s.o.		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		ca. 2.600 Tonnen CO ₂ , bei Senkung 2% Strom und 3% Wärme des städtischen Energieverbrauchs
Regionale Wertschöpfung:		Umsetzung der Maßnahme mit dem regionalen Energieversorger RheinEnergie
Kostenaufwand:		Personalkosten bei zusätzlich 1 Vollzeitstelle: 65.000 €/a (E11)
Personalaufwand:		ggf. zusätzlich 1 Vollzeitstelle zur Verbrauchsauswertung im Energiemanagement
Nutzen-Aufwand-Relation:		Refinanzierung der Personalkosten durch Einsparung der Energiekosten, große Vorbildfunktion
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> • Die regelmäßige Erfassung der Energieverbräuche und Durchführung von Verbrauchskontrollen ist eine wichtige Grundlage zur Umsetzung der Zielvorgaben der Stadt. 		

A 7 Erhöhung des Ökostromanteils bei den städtischen Gebäuden/ Liegenschaften		
Kurzbeschreibung:		
<p>Da der Stromverbrauch aufgrund des hohen spezifischen Emissionsfaktors besonders klimarelevant ist, wird empfohlen, den Ökostrombezug (bisher 40%) für die kommunalen Liegenschaften fortlaufend zu steigern. Dabei sollen nur Ökostrom-Zertifikate mit hohem Qualitätsstandard (mindestens „ok-power-Label“- oder der „Grüner Strom Label Gold“-Standard) akzeptiert werden, die den Ausbau neuer Energieanlagen fördern. Es wird vorgeschlagen, im Rahmen der Ausschreibungen alle drei Jahre eine Steigerung des Ökostromanteils um mindestens 10% vorzunehmen. Bis 2020 soll ein Ökostromanteil von 70% erreicht werden und der Reststrom zu mindestens 50% aus hocheffizienten Gasheizkraftwerken bereitgestellt werden. Beim Bezug von Ökostrom mit hohem Qualitätsstandard sind unter Umständen höhere Kosten zu erwarten.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln, Gebäudewirtschaft		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Vorbereitung der nächsten Ausschreibung in 2013: der Markt ist dabei im Vorfeld im Hinblick auf die Qualität und die zur Verfügung stehenden Ökostrommengen zu prüfen.		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		ca. 12.100 Tonnen CO ₂ -Einsparung, aufgrund der Bilanzierungssystematik (Territorialprinzip) wird diese Einsparung jedoch kalkulatorisch nicht berücksichtigt
Regionale Wertschöpfung:		Sehr geringe Wirkung, aufgrund der Annahme, dass die Errichtung von neuen Erzeugungsanlagen nur geringfügig in der Region erfolgt
Kostenaufwand:		Evtl. Mehrkosten für hochwertigen Ökostrom sind Ausschreibungsergebnis und jetzt nicht quantifizierbar
Personalaufwand:		findet im Rahmen der turnusmäßigen Ausschreibungen statt, ggf. 3 Personentage Mehraufwand pro Ausschreibung
Nutzen-Aufwand-Relation:		Große Vorbildfunktion und ggf. Multiplikatorwirkung
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> Der Weg hin zu einem erhöhtem Ökostrombezug der Stadtverwaltung wird aktuell in unterschiedlichen Städten diskutiert und umgesetzt. In Gelsenkirchen wurde beispielsweise ein politischer Beschluss zur sukzessiven Erhöhung des Ökostrombezugs gefasst, der bis 2020 bei 100% liegen soll. 		

A 8 Klimaschutzfonds für die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen bei den städtischen Gebäuden		
Kurzbeschreibung:		
<p>In der derzeitigen Situation der energetischen Gebäudebewirtschaftung der kommunalen Liegenschaften besteht in dem Vermieter-Mieter-Modell die Problematik, dass zusätzliche Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen für den „Vermieter“ nicht ausreichend refinanzierbar sind, da die resultierenden Energiekosteneinsparungen dem „Mieter“ des Gebäudes zugute kommen. Darüber hinaus stehen den „Mieter“ nicht ausreichende Investitionsmittel zur Verfügung, um insbesondere im Strombereich (v.a. bei Geräten) wirtschaftliche Energieeffizienzmaßnahmen umzusetzen.</p> <p>Es wird vorgeschlagen, zur Finanzierung wirtschaftlicher Energieeffizienzmaßnahmen in städtischen Gebäuden einen konzerninternen Klimaschutzfonds insbesondere für die „Gebäudemieten“ einzurichten. Aus dem Klimaschutzfonds können sowohl Maßnahmen im Bereich der Sanierung oder im Effizienzbereich von technischen Anlagen oder EDV (Green-IT) finanziert werden, die noch zu definierenden wirtschaftlichen Kriterien entsprechen.</p> <p>Organisatorisch könnte der Klimaschutzfonds beispielsweise bei der Kämmerei angesiedelt werden.</p> <p>In einer ersten Phase könnte der Fonds schwerpunktmäßig zur Finanzierung von Stromsparmaßnahmen und den Einsatz von BHKWs ausgerichtet sein (s.a. Maßnahme „Strategieplan zur Senkung des Stromverbrauchs in städtischen Liegenschaften“ und „BHKW-Offensive“). Das Volumen des Fonds zur Finanzierung der Maßnahmen sollte in der Anfangsphase mindestens 300.000 Euro betragen.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln (Kämmerei/Beteiligungsverwaltung, Gebäudewirtschaft)		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Grundsatzbeschluss durch Verwaltungsvorstand und Politik b) Definition von möglichen Energieeffizienzmaßnahmen und Wirtschaftlichkeitsansprüchen durch externe Gutachter		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Rund 3.100 Tonnen CO ₂ -Einsparung bis 2020, bei der ausgewiesenen Fondsvolumen und ca. 3% Energieeinsparung
Regionale Wertschöpfung:		Ggf. Umsetzung von energetischen Maßnahmen durch regionale Akteure
Kostenaufwand:		Externe Konzeptentwicklung: 10.000 € einmalig; Sachkosten: ca. 30.000 €/a; Fondsvolumen: 300.000 €/a; Personalkosten zur Betreuung: ca. 15.000 €/a (E10) (bereits gedeckt durch die Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“);
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung; 0,25 Personalstellenaufwand pro Jahr für Betreuung des internen Klimafonds in der Kämmerei (gedeckt durch 1 Stelle in der Kämmerei, s. Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Fonds als Katalysator zur Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen innerhalb der Kernverwaltung, langfristig Refinanzierung der Kosten durch Energiekosteneinsparungen
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> Nach ersten Abschätzungen lassen sich bei einem Fond mit einem Volumen von 300.000 Euro pro Jahr bis 2020 rund 6 Mio. Euro Energiekosten einsparen. 		

2.3 Leuchtturmprojekte und -initiativen

A 9	Kommunales Förderprogramm für die private Altbaumodernisierung	
Kurzbeschreibung:		
<p>Das größte CO₂-Minderungspotenzial liegt im Bereich Sanierung des Wohngebäudebestands. Von daher wird hier ein wesentlicher Schwerpunkt für die zukünftige Klimaschutzstrategie in Köln gesehen. Die Erfahrungen aus anderen „Vorreiterstädten“ zum Klimaschutz zeigen, dass ein kommunales Förderprogramm ein starker Hebel zur Umsetzung von anspruchsvollen energetischen Zielen im Bereich der Wohngebäude sein kann (vgl. z.B. Frankfurt, München, Münster, Stuttgart). Ein Kölner Förderprogramm hätte folgende Funktionen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verstärkung der Aufmerksamkeit in der Stadt auf dieses wichtige Themenfeld • Nutzung als Steuerungsinstrument auch für andere Maßnahmen, z.B. durch Kopplung an bestimmte Auflagen bzgl. energetischer und Ausführungsqualität • Motivationspunkt zur Verzahnung der Akteure • Gezielte Ergänzung von Bundes- und Landesförderprogrammen • Wirtschaftsförderung in der Region (1 Euro Förderung generiert bis zu 8 Euro Investitionen, insbesondere im Handwerk) • Evtl. teilweise Abfederung von finanziellen Mehrbelastungen einkommensschwacher Haushalte. <p>Primär sollte sich das Förderprogramm auf die energetisch optimierte Sanierung von Wohngebäuden konzentrieren. Hauptzielgruppe sollten kleine Wohnungsunternehmen sowie private Besitzer von (kleinen) Mehrfamilienhäusern sein. Je nach Ausgestaltung des Programms sind Fördermittel von mindestens 1 Million Euro jährlich anzusetzen, um hier Breitenwirkungen zu erzielen.</p> <p>Es können Spezialmodule integriert werden, die einerseits auf die Förderung insbesondere von Gebäuden mit einkommensschwachen Haushalten abzielen, um dort zu hohe Belastungen durch erhöhte Kaltmieten aufzufangen. Schwerpunktmäßig müssen zur Abfederung sozialer Ungleichgewichte jedoch andere Maßnahmen (wie u.a. „Klimabonus“) zum Einsatz gelangen, weil ein Zuschnitt eines Investitionsförderprogramms für diesen Zweck zu kompliziert wäre. Andererseits könnten auch Bausteine zur Förderung des Passivhausstandards erwogen werden, um die Vorgaben auf EU-Ebene ab dem Jahr 2020 sowie auch die Maßnahmenempfehlungen dieses Konzepts (Maßnahme „Passivhausstandard bei Verkauf städtischer Grundstücke“) unterstützend zu flankieren. Hierzu sollte etwa maximal ein Viertel des Fördervolumens eingesetzt werden. Bei der Konzeption des Programms ist dabei darauf zu achten, dass das Programm sinnvoll mit bestehenden Kölner Förderprogrammen mit Wohnbaubezug verzahnt wird. Zudem ist es wichtig, dass auf qualitativ hochwertige Ausführungen geachtet wird, welche die aktuellen bundesweiten gesetzlichen Standards überschreiten. Von daher sollten Energiekonzepte sowie gesonderte Qualitätssicherungsmaßnahmen (vgl. Maßnahme „begleitende Qualitätssicherung“) als Bedingungen für die Inanspruchnahme der Fördergelder gelten.</p>		
Akteure:		
Zentral: Stadt Köln; Abstimmung der Konzeption mit relevanten Kölner Akteursgruppen; in einer späteren Phase Abwicklung über das vorgeschlagene Zentrum für Energieeffizienz		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Festlegung der Förderschwerpunkte; b) Entwurf eines Förderprogramms; c) Verabschiedung Stadtrat		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		ca. 19.000 Tonnen CO ₂ bis 2020, bei 1.200 Euro pro Förderfall bei Sanierung und 2,1 Tonnen CO ₂ pro Jahr
Regionale Wertschöpfung:		s.o.
Kostenaufwand:		Externe Konzeptentwicklung 10.000 €; Förderbudget von 1 Millionen €/a; Personalaufwand für Betreuung ca. 15.000 €/a (Fachkraft) und ca. 5.000 €/a Sekretariat (gedeckt durch Maßnahme „Zentrum für Energieeffizienz“ oder alternativ durch bestehende Ressourcen in der Verwaltung),
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung, da Personalaufwand durch Maßnahme „Zentrum für Energieeffizienz“ gedeckt wird oder ggf. durch Personal in der Verwaltung (etwa 70-80 Personentage pro Jahr für Abwicklung durch Fachkraft und Sekretariat)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Aufgrund des großen Hebels zur Umsetzung damit verknüpfbarer Maßnahmen trotz des hohen Mitteleinsatz: gut
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> • Fördervolumen in Münster beträgt 500.000 Euro pro Jahr 2010 bei ca. 280.000 Einwohnern (knapp 2 Euro / Einwohner), daher ist für Köln perspektivisch ein Budget von 2 Mio. Euro/Jahr zu empfehlen. 		

A 10	Weitere Leuchtturmprojekte initiieren und kommunizieren (z.B. Klimaschutzsiedlungen)	
Kurzbeschreibung:		
<p>Im Vergleich zu anderen Klimaschutzstädten gibt es in Köln noch wenige Vorbildprojekte. Die Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass solche „Leuchttürme“ sehr gut zur Nachahmung anregen und motivieren können. Von daher sollten weitere sehr gute energetische Sanierungsbeispiele und auch Neubau-Projekte als Vorbilder innerhalb der Stadt umgesetzt sowie anschließend inhaltlich aufbereitet und bekannt gemacht werden. Mögliche Leuchtturmprojekte wären zum Beispiel:</p> <ul style="list-style-type: none"> • In Köln gibt es schon einige s.g. „Solarsiedlungen“ mit anspruchsvollen energetischen Standards. Daran anknüpfend sollen weitere vorbildliche <i>Klimaschutzsiedlungen</i> / <i>-quartiere</i> in Köln entstehen. Dafür könnten Mittel des Landes NRW im Programm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative Energien und Energiesparen „progres.nrw“ zur Förderung genutzt werden. • Die GAG sollte zunächst z.B. 2 Gebäude als Neubau-Modellprojekte als <i>Passivhäuser</i> realisieren. Aufbauend auf diesen Erfahrungen könnte die GAG standardmäßig im Neubau zum Passivhausstandard übergehen. <p>Städtebaulichen Planungen sollen dazu generell, wie vom Stadtentwicklungsausschuss in Köln schon im Jahr 2000 beschlossen wurde, solar und energetisch optimiert werden, durch eine entsprechende begleitende Planung von Anfang an.</p> <p>Schließlich sollen die Erfahrungen durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit verbreitet werden. Zu den Zielgruppen zählen dabei neben Bauherren auch beteiligte Berufsgruppen wie die Architekten, Planer, Handwerker.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln als Katalysator/Koordinationsstelle für Klimaschutz; Insbesondere Wohnungsbaugesellschaften, private Gebäudebesitzer als Umsetzer		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Unterstützung und Verzahnung (zum Erfahrungsaustausch) der motivierten Akteure durch die Stadt; b) Integration der Darstellung in die Öffentlichkeitsarbeit zum Klimaschutz		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		4.000 Tonnen CO ₂ , bei Annahme, dass bei 5 Leuchtturmprojekten jeweils 800 Tonnen CO ₂ eingespart werden
Regionale Wertschöpfung:		ggf. Umsetzung der Leuchtturmprojekte mit regionalen Handwerksunternehmen
Kostenaufwand:		Personalkosten ca. 6.500 € (E11) (gedeckt durch Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“); Sachkosten ca. 5.000 €/a für die inhaltliche Aufbereitung und Darstellung von Leuchtturmprojekten
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung, da Personalaufwand durch Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“ gedeckt wird (ca. 20 Personentage für die Aufbereitung und Begleitung)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Leuchtturmprojekte mit hoher Multiplikatorwirkung
Anmerkung:		
<ul style="list-style-type: none"> • In der Stadt Frankfurt/M. baut die dortige städtische Wohnungsbaugesellschaft ABG seit einigen Jahren Neubauten fast ausschließlich im Passivhausstandard und ist damit ein starker Impulsgeber innerhalb sowie außerhalb der Stadt. 		

A 11	Integration des Themas Energie im Wohnungsbauforum	
Kurzbeschreibung:		
<p>Im Kölner Wohnungsbauforum treffen sich seit vielen Jahren wichtige Akteure der Bauwirtschaft und tauschen sich über Ihre Erfahrungen und Vorhaben zusammen mit der Stadtverwaltung aus. Das Themenfeld Energie- und Klimaschutz spielte dabei bisher nur am Rande und punktuell eine Rolle. Wir schlagen vor, diese bestehende Struktur zu nutzen und verstärkt energetische Aspekte auf die Tagesordnung aufzunehmen bzw. evtl. Unterarbeitskreise zu verschiedenen Themenfeldern zu bilden. Mögliche Themenfelder könnten sein:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Innovative Leuchtturmprojekte: Planungen, Erfahrungen, Fördermöglichkeiten, Vermarktungschancen • Optimierung der Heizenergienutzung im sozialen Wohnungsbau: zulässige Kaltmiete in Abhängigkeit von Energiekennzahl • Öffentlicher/geförderter Wohnungsbau: Welche Modelle gibt es mit einer Mischung aus Erhöhung der Kaltmiete, Nutzung von Landesmitteln, Stadtmitteln und der KfW? • Erfahrungsaustausch „Sanierung+Energie(-technik) in der Wohnungswirtschaft“ in der Region Köln; inkl. Vorträgen von externen innovativen Baugesellschaften (z.B. ABG Frankfurt/Main) • Innovationsnetzwerk "Baustoffe zur energetischen Sanierung" 		
Akteure:		
Akteure der Wohnungs- und Bauwirtschaft in Köln, Stadtverwaltung (Amt für Stadtentwicklung)		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Diskussion und Festlegung von Energiethemen im Wohnungsbauforum; b) Berücksichtigung bei Tagesordnung und evtl. in Arbeitskreisen; c) Umsetzung der ausgetauschten Erfahrungen		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Keine direkte Wirkung
Regionale Wertschöpfung:		Keine direkte Wirkung
Kostenaufwand:		Sachkosten ca. 5.000 €/a (z.B. Fachreferenten, Exkursionen)
Personalaufwand:		ca. 5 Personentage pro Jahr zur Begleitung, ggf. Deckung des Aufwands durch Personal des Amtes für Stadtentwicklung möglich
Nutzen-Aufwand-Relation:		Bewertung nicht möglich, jedoch Chance, um zentrale Akteure der Wohnungs- und Bauwirtschaft für gemeinsame Klimaschutzprojekte zu motivieren
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> • In verschiedenen deutschen Städten gibt es kommunale Arbeitskreise und Foren mit dem thematischen Schwerpunkt Energie/Klimaschutz (z.B. Frankfurt/M., Heidelberg) 		

A 12	Entwicklung einer Stromsparinitiative für private Haushalte	
Kurzbeschreibung:		
<p>Der Stromverbrauch der Privaten Haushalte hat sich nicht deutlich verringern lassen in den vergangenen Jahren. Eine zunehmende Ausstattung der Haushalte mit elektronischen Geräten (Computer, TV, Telekommunikation etc.) sowie tendenziell mehr kleinere Haushalte (mit höherem pro Kopf-Verbrauch) kompensieren die Einsparungen einzelner Geräte. Zudem trägt der Stromverbrauch mit seinen im Vergleich zu Öl-, Gas- oder Fernwärmeverbrauch höheren Emissionsfaktoren zu erheblichen Kohlendioxidemissionen auch in Köln bei.</p> <p>Die Erschließung des Einsparpotenzials im Strombereich ist eine vielschichtige Aufgabe, da sehr unterschiedliche Geräte- und Anwendungstechnologien betroffen sind (u.a. Kühl-, Waschgeräte, Unterhaltungselektronik, Heizungspumpen etc.). Auf EU-Ebene werden hier Effizienzimpulse gegeben, die allein aus kommunaler Kraft nicht zu leisten wären (z.B. Vorgabe von Mindesteffizienzstandards und Kennzeichnungspflichten). Eine Stadt wie Köln kann jedoch durch die Kooperation relevanter Akteure (Handel, Handwerk, Verbraucherverbände etc.) dafür Sorge tragen, dass - einerseits der Trend zu effizienteren Geräten von den Haushalten konsequent(er) verfolgt wird. - Andererseits kann durch eine stringente Öffentlichkeitsarbeit in Verbindung mit Förder-Impulsprogrammen vermittelt werden, wie auch der absolute Stromverbrauch der Haushalte gesenkt werden kann.</p> <p>Diese beiden Teilaufgaben sollen durch aufeinander abgestimmte Bausteine verfolgt werden. Die Auswahl, Entwicklung und Abstimmung der Bausteine erfolgt durch die Entwicklung einer Kölner Stromsparinitiative. Ziel ist es hierbei, die Initiative durch die Stadt anzustoßen und sie evtl. zu einer sich selbst tragenden Initiative mit nur noch koordinierender Funktion der Stadt weiter zu entwickeln. Es wird als ein Baustein der Initiative eine Auszahlung von Prämien für das Erreichen von Stromsparzielen vorgeschlagen. Zum Beispiel könnten Haushalte, die eine Einsparung von 10% gegenüber dem Durchschnitt der Vorjahre ausweisen, eine pauschale Prämie von 15 Euro erhalten. Ein solches Programm könnte als Initialprogramm ausgelegt werden, dass heißt, dass es z.B. auf eine Laufzeit von 3 Jahren beschränkt wird. Für diese und weitere Aktivitäten im Rahmen der Stromsparinitiative gilt es, entsprechende Strukturen aufzubauen, z.B. im Rahmen des Zentrums für Energieeffizienz.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln, Verbraucherverbände, Handel Handwerk, Rhein-Energie		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Aufbauend auf den Erfahrungen anderer Städte wird in Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren ein Konzept erarbeitet, das schon bestehende Kölner Bausteine aufgreift und weiterentwickelt; b) Aufbau entsprechender personeller Ressourcen, c) Umsetzung der Basisbausteine (z.B. Stromsparprämie), d) Auswertung der Wirkungen der Basisbausteine, e) Weiterentwicklung der Konzeption		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Die genauen Wirkungen hängen vom Umfang sowie der Dauer der Initiative ab. Für den Baustein „Bausteinprämie“ z.B.: ca. 5.600 Tonnen CO ₂ , bei Annahme dass 0,5% des Haushaltsstromverbrauchs (9.000 MWh) eingespart wird
Regionale Wertschöpfung:		Geringe Wirkung zu erwarten
Kostenaufwand:		Externe Konzeption 30.000 € einmalig; für Umsetzung mind. 150.000 €/a; Baustein Stromsparprämien ist zusätzlich mit ca. 130.000 €/a über 3 Jahre auszustatten; Personalkosten für spätere Umsetzung ca. 15.000 €/a (E11) (gedeckt durch „Zentrum für Energieeffizienz“)
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung, da Aufwand durch Maßnahme „Zentrum für Energieeffizienz“ gedeckt wird (ca. 45 Personentage pro Jahr für Umsetzung)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Aufgrund des großen Hebels zur Umsetzung damit verknüpfbarer Maßnahmen trotz des etwas höheren Mitteleinsatzes: mittel
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> Die Stadtwerke Heidelberg ermöglichen eine solche Prämie in ihrem Öko-Stromtarif „heidelberg Klima“. Die Stadt Frankfurt zahlt vergleichbare Stromeinsparprämien wie hiervorgeschlagen im Rahmen ihrer Kampagne „Frankfurt spart Strom“. 		

A 13	Klimapartnerschaften zwischen der Stadt Köln und prominenten Kölner Unternehmen	
Kurzbeschreibung:		
<p>Fast 70% der CO₂-Emissionen in der Stadt Köln werden durch Industrie und Gewerbe verursacht. Gleichzeitig verfügt die Stadt insbesondere im industriellen Bereich über keine oder nur wenige Instrumente mit geringer unterstützender oder initiierender Wirkung. Als auch quantitativ von erheblicher Bedeutung könnte sich das Instrument einer öffentlichen Selbstverpflichtung von Unternehmen entwickeln.</p> <p>Hierzu geht die Stadt Köln mit prominenten Unternehmen sog. Klimapartnerschaften ein. Zur Einbindung prominenter Unternehmen ist insbesondere die Ansprache durch den Oberbürgermeister bzw. die Darstellung der Maßnahme als Projekt des Oberbürgermeisters zu empfehlen. Dabei verpflichten sich die Unternehmen öffentlich, bestimmte Maßnahmen zum Klimaschutz umzusetzen bzw. jährliche Zielwerte zu erreichen. Auf der anderen Seite erfolgt eine offensive öffentlichkeitswirksame Vermarktung des Klimaschutzengagements dieser Unternehmen durch die Stadt Köln (ein Baustein, um ein "Klima für Klimaschutz" in Köln zu schaffen). Die Selbstverpflichtung kann dabei die Basis für weitere kooperative Aktivitäten zwischen Stadt und Unternehmen bilden (z.B. begleitende Unterstützung von KMU bei der gemeinsamen Umsetzung von Energieeffizienzprojekten, Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmen organisieren, bedarfsorientierte Informationsangebote)</p> <p>In einem ersten Schritt sollten v.a. große und prominente Unternehmen in Köln (GAG, Ford, WDR,) angesprochen werden.</p> <p>Im Sinne der Vorbildfunktion der Stadt wird empfohlen, auch die Konzerntöchter wie die RheinEnergie zu beteiligen.</p> <p>Wichtig ist die professionelle Umsetzung in Konzeption, Ansprache und Beteiligung der Unternehmen, begleitender Öffentlichkeitsarbeit und prominenter Darstellung.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln, Konzerntöchter, Kölner Unternehmen, IHK		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Entwicklung eines Konzeptes „Kölner Klimapartnerschaft“; b) Ansprache potenzieller Unternehmen durch den Oberbürgermeister		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Rund 6.200 Tonnen CO ₂ , bei Annahme, dass einzelne/ein Unternehmen mit einem Anteil von 3% am Gesamtenergieverbrauch im Sektor Industrie ihren/seinen Wärmeverbrauch um 5% und Stromverbrauch um 7% reduzieren/reduziert
Regionale Wertschöpfung:		Stärkung der Wirtschaftskraft der teilnehmenden Unternehmen durch Energieeinsparungen
Kostenaufwand:		Konzeptentwicklung 20.000 € einmalig; Personalkosten ca. 15.000 € (E10) (gedeckt über Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“)
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung, da Personalaufwand über Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“ gedeckt wird (0,25 Personalstelle über gesamte Maßnahmenlaufzeit bis 2020)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Wenig Aufwand für die Stadt Köln und große Hebelwirkung durch Klimaschutzvereinbarung mit teilnehmenden Unternehmen
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> s.a. „Allianz für Klimaschutz“ in Münster oder „Partnerschaft Umweltunternehmen“ in Bremen 		

A 14	Fortschreibbarer Wärmeatlas - Strategisches Planungsinstrument zum Ausbau der Fernwärme- und Nahwärmeversorgung	
Kurzbeschreibung:		
<p>Eines der auch hinsichtlich der erzielbaren quantitativen CO₂-Einsparungen bedeutsamsten Maßnahmenfelder ist der Ausbau der Fernwärme und der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplung in Nahwärmenetzen. Die RheinEnergie strebt im Rahmen des eigenen Programms "Energie & Klima 2020" bei der Fernwärmeversorgung bis 2020 einen Ausbau von etwa 10 MW pro Jahr an.</p> <p>Als strategisches Planungsinstrument zur mittel- bis langfristigen Sicherung des Fernwärmeabsatzes und zum Ausbau von Nahwärmenetzen wird eine Analyse der langfristigen Entwicklung des kleinräumigen Wärmebedarfs auf Basis von GIS-basierten Gebäudetypologien und Netzplanungen („fortschreibbarer Wärmeatlas“) vorgeschlagen. Die Analyse soll im Hinblick auf die Fernwärmeversorgung insbesondere die bereits bestehenden Fernwärme-Versorgungsgebiete und auch potenzielle Ausbauggebiete betrachten. Im Hinblick auf Nahwärmenetze soll die Analyse auf kleinräumiger Ebene (Stadtteilebene, größere Einzelobjekte) Aussagen zu Ausbaupotenzialen ermöglichen.</p>		
Akteure:		
Zentral: RheinEnergie/Rheinische NETZGesellschaft, Stadt Köln (Stadtentwicklung, Stadtplanung und ggf. Bauaufsichtsamt)		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) modellhafte Erstellung eines Wärmeatlas für einen ausgewählten Stadtteil durch RheinEnergie/Rheinische NETZGesellschaft; b) Abstimmungstreffen zu weiteren Handlungsschritten zwischen Stadt und Versorger		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Keine direkte Wirkung
Regionale Wertschöpfung:		Keine direkte Wirkung
Kostenaufwand:		Gutachtenerstellung für ein Modellgebiet auf Quartiersebene ca. 50.000 €; Personalkosten in einem Jahr zur Betreuung 15.000 € (gedeckt durch Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“)
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung, da Personalaufwand durch Maßnahme „Koordinationsstelle für Klimaschutz“ gedeckt wird (0,25 Personalstelle zur Betreuung)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Keine Bewertung möglich, jedoch hoher Nutzen für den Fern- und Nahwärmeausbau (notwendige Grundlagenarbeit)
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> Als Modellbeispiel kann der Wärmeatlas der Stadt Bielefeld herangezogen werden. Hier wurde von den Stadtwerken Bielefeld ein Wärmeatlas mit bestehenden und zukünftigen Wärmebedarfsstrukturen ermittelt, der als Grundlage für Nah- und Fernwärmemaßnahmen dient. 		

2.4 Kommunikation und Einbeziehung der Bürgerschaft

A 15	Entwicklung eines Gesamtkonzeptes für Klimaschutzkommunikation „Gutes Klima für Klimaschutz“	
Kurzbeschreibung:		
<p>Um dem Klimaschutz in der Stadt Köln ein "eigenes" Gesicht zu geben, ist es notwendig, ein Gesamtkonzept für die Klimaschutzkommunikation zu entwickeln. Dies betrifft insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Klimaschutz, die in Zukunft für alle städtischerseits initiierten Maßnahmen unter einem gemeinsamen Dach bzw. Logo darzustellen ist ("Corporate Design").</p> <p>Außerdem ist auf Basis eines Kommunikationskonzeptes eine Strategie für eine kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel einer stufenweisen Erhöhung der Wahrnehmung mit einem entsprechenden kurz- und mittelfristigen Maßnahmenkatalog zu entwickeln. Hierbei sollten insbesondere Multiplikatoren und Institutionen mit eigener Öffentlichkeitsarbeit (Kreditinstitute, Versicherungen, Verbände etc.) berücksichtigt und Kooperationen vereinbart werden. Im Rahmen des vorliegenden Klimaschutzkonzeptes erfolgt (im Endbericht) eine Ausarbeitung und Skizzierung erster Ideen für ein Gesamtkonzept Klimaschutzkommunikation.</p>		
Akteure:		
Stadt Köln (z.B. Stabsstelle Medien) in Abstimmung mit Zentrum für Energieeffizienz, Multiplikatoren		
Mögliche nächste Handlungsschritte:		
a) Erstellung eines Kommunikationskonzeptes Klimaschutz (u.a. Entwicklung einer Dachmarke mit Slogan und Logo); b) Abstimmung und Kooperation mit Multiplikatoren		
Kriterien:	Bewertung:	Anmerkung:
Wirkung (CO₂):		Keine direkte Wirkung
Regionale Wertschöpfung:		Keine direkte Wirkung
Kostenaufwand:		Erstellung Kommunikationskonzept 30.000 € einmalig; Personalkosten einmalig für Betreuung der Erstellung 8.000 € (E11) (gedeckt durch Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“)
Personalaufwand:		Hier keine Bewertung, da Personalaufwand durch Maßnahme „Koordinationsstelle Klimaschutz“ gedeckt wird (ca. 25 Personentage für Betreuung der Erstellung)
Nutzen-Aufwand-Relation:		Keine Bewertung möglich, jedoch wichtiger Aspekt, um das Thema Klimaschutz auf gesamtstädtischer Ebene zu kommunizieren und dafür zu werben
Hinweise/Ergänzung:		
<ul style="list-style-type: none"> Kooperation mit Funk- und Fernsehen und Einbindung von potenziellen Sponsoren zur Aufstockung des PR-Etats; diese Maßnahme dient als infrastrukturelle Grundlage zur Umsetzung der kampagnenspezifischen Öffentlichkeitsarbeit 		